

Klinikum Aachen ...

Fortsetzung von Seite 8

an nicht unter Kontrolle gewesen. Der Untersuchungsausschuß solle die Verantwortlichen hierfür nennen. Bereits 1977 habe der Landtag einen ersten Untersuchungsausschuß zur Überprüfung der schon damals gewaltigen und erkennbaren Mißwirtschaft eingesetzt. Zum ersten Mal in der Geschichte der politischen Kontrolle durch einen Untersuchungsausschuß solle daher nun das Parlament die Konsequenzen feststellen, die eine Regierung aus der bisherigen parlamentarischen Kontrolle gezogen habe. Der Untersuchungsausschuß solle für Nennung „von Roß und Reiter“ bei „dem wohl skandalösesten Projekt in der traurigen Geschichte der 18jährigen SPD-Herrschaft in Nordrhein-Westfalen“ sorgen.

Franz-Josef Kniola (SPD) verwies auf die gestiegene Auslastung des Klinikums. In der Zahnkiefer- und plastischen Gesichtschirurgie gebe es eine Steigerung von 126 Prozent, in der Dermatologie von 61 Prozent, in der Strahlentherapie von 60 Prozent. Die Opposition habe in dieser Legislaturperiode mehrfach den Mund gespitzt und mit einem Untersuchungsausschuß gedroht. „Erst jetzt kurz vor den Wahlen hat sie tatsächlich gepöfcht“, sagte der Abgeordnete. Zu den Kosten- und Planungsänderungen müßten die Kosten hinzuaddiert werden, die sich durch Preissteigerungen in einem Zeitraum von 14 Jahren ergeben hätten. All diese Veränderungen seien jeweils nach Kostenmitteilung durch den Baubetreuer in die Rahmenpläne aufgenommen worden und auch in den beschlossenen Haushaltsplänen enthalten. „In 14 Jahren der Beschäftigung damit hat es dazu nie einen Änderungsantrag der CDU gegeben, weder zu den Rahmenplänen noch zu den entsprechenden Haushaltsansätzen“, betonte Kniola.

Dr. Ottmar Pohl (CDU) sagt: „In der vergangenen Legislaturperiode hatten wir ursprünglich Kosten für das Klinikum Aachen in Höhe von 270 Millionen DM. Als die Kostensteigerungen auf 1,3 Milliarden angewachsen waren, war das Parlament noch gemeinsam der Auffassung, wir sollten einen Untersuchungsausschuß einrichten.“ Nunmehr seien von 1979 bis heute die Kosten um eine weitere Milliarde gestiegen. „Und da wollen Sie die Notwendigkeit eines Untersuchungsausschusses bezweifeln?“ fragte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende. Auf den Zwischenbericht von 1979 verweisend, erklärte der Politiker, die CDU wolle jetzt einmal wissen, was denn die Landesregierung seither getan habe, um die Mängel abzustellen, und sie wolle nach der politischen Verantwortung für den Steigerungsbetrag um eine weitere Milliarde DM fragen. Darauf wolle die Opposition ihren Fragenkatalog konzentrieren. Ferner wolle die CDU wissen, ob die Landesregierung endlich die Neue Heimat auf Herausgabe der Abrechnungsunterlagen verklagt habe, und wenn nicht, dann vielleicht auf Änderung des Vertrages. Pohl unterstrich, der Untersuchungsausschuß richte sich nicht gegen Ärzte, Professoren oder Patienten im Klinikum.

Porträt der Woche



Günter Meyer zur Heide (SPD)

Der Streich ist unvergessen: Nachdem alle Briefe, Eingaben, Verbesserungs- und Änderungsvorschläge von der sturen Verwaltung abgeblockt worden waren, packte sich Günter Meyer zur Heide einen Schweißbrenner ins Auto und zerlegte damit jene Leitplanke, die einen seiner Wähler im heimischen Lipperland die Zufahrt zur Straße abschnitt, fachgerecht in ihre Einzelteile, legte sie sorgfältig am Straßengraben auf einen Haufen, grüßte zu Frieden seinen Wähler und fuhr wieder nach Hause. Der Oberkreisdirektor war damals weniger glücklich als jener Wähler, der jetzt wieder eine freie Zufahrt zur nahen Straße hatte. Er verklagte den sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten wegen dessen eigenwilligen Wählerservice. Und auch das ist wohl charakteristisch für Günter Meyer zur Heide: Die Geldstrafe in Höhe von 1200 Mark ließ er nicht auf sich sitzen, auch nicht die Entscheidung der 2. Instanz, die sich mit 800 Mark begnügte. Er war erst zufrieden, als er nach einem erfolgreichen Revisionsbegehren in einem dritten Verfahren mit einer Verwarnung nach Hause geschickt wurde.

Dabei ist sonst Politik mit der Brechstange bzw. dem Schneidbrenner nicht die Sache des Günter Meyer zur Heide. Der gelernte Elektromechaniker aus Hiddenhausen ist ein ruhiger Typ. Nicht umsonst hat ihn schließlich seine Fraktion in das Landtagspräsidium entsandt. Aber die Sache mit der Leitplanke hatte ihn damals so gefuchst, daß er einfach handwerklich tätig werden mußte. Ob er in einem ähnlichen Fall heute noch einmal zum Schneidbrenner greifen würde? Meyer zur Heide, der nun schon seit 14 Jahren dem Parlament angehört, wiegt bedächtig den runden Schädel und drückt sich mit einem unbestimmbaren Lächeln um eine eindeutige Antwort.

14 Jahre Landtag, dem Sozialdemokraten, der sich hörbar stolz zur „Teutonenriege“ rechnet, ist das noch nicht genug. Zehn Jahre als Abgeordneter in einer Regierungskoalition würde er gern zehn Jahre in einer Fraktion mit absoluter Mehrheit folgen lassen. Ob er das mit der absoluten Mehrheit ernst meine? Günter Meyer zur Heide: „Warum nicht? Wenn wir unsere Umweltpolitik fortsetzen in der Art, wie Klaus Matthiesen sie anpackt, dann können wir die Grünen raushalten aus dem Landtag. Und wenn die nicht reinkommen, gewinnen wir auch wieder die absolute Mehrheit.“ Die F.D.P.? Für Meyer zur Heide lohnt sich für den ehemaligen Koalitionspartner kein Gedanke.

Dem Mann mit der obligatorischen Fliege im obersten Hemdenknopf sieht man heute auf den ersten Blick nicht mehr an, daß er eine Juso-Karriere hinter sich hat. Auf dem schon legendären Münchner Juso-Kongreß hatte Meyer zur Heide sogar für den Bundesvorstand kandidiert, aber knapp das Ziel verfehlt.

Seitdem sind einige Jahre ins Land gegangen. Aber im Gegensatz zu manchen seiner damaligen Mitstreiter bezeichnet sich Meyer zur Heide noch heute ohne zu zögern als einen Linken, nicht ohne hinzuzusetzen, daß diese plakativen Etikettierungen heute kaum noch etwas besagen. Aber immerhin: In einer Zeit, in der alles in der SPD zur Mitte drängt, weil man dort die besseren Chancen wittert, ist es nicht selbstverständlich, daß einer in Amt und Würden von sich sagt: „Ich bin ein Linker.“

Auf die Frage, ob die Fraktion mit ihrer absoluten Mehrheit in den vergangenen vier Jahren nicht mehr hätte machen können, antwortet Meyer zur Heide mit der lakonischen Gegenfrage, was sie angesichts der Möglichkeiten eines Landtags, der gesellschaftlichen Umstände und der leeren Kassen denn mehr hätte tun können. Natürlich, alle Wünsche seien nicht erfüllt worden. Doch vor dem Wahlkampf im Wahlkreis Herford I, den er zuletzt mit 50,1 Stimmen für sich und die SPD gewonnen hatte, hat der Abgeordnete keine Bange: „Unsere Bilanz ist positiv.“ Nur der nachdrückliche Hinweis, daß „Landtag intern“ keine Wahlkampfplattform sein wolle, konnte Günter Meyer zur Heide daran hindern, diese Erfolgsbilanz aufzuzählen.

Ein böser Zusammenbruch während einer Reise des Parlamentes nach Spanien ließ den erst 47jährigen Politiker innehalten und sich vornehmen, sich nicht nur für die Politik abzurackern. Dabei hatte ihn schon vor Jahren sein damals dreijähriger Sohn mit dem Hinweis aus der Küche jagen wollen, er habe hier als sozusagen fremder Onkel nichts verloren. Meyer zur Heide: „Das ging mir damals ganz schön nahe.“ Seitdem versucht er, wenigstens die Wochenenden der Familie zu widmen. Immer gelingt das nicht. Aber wenn es ihm gelingt, hat er auch kein schlechtes Gewissen: „Wir machen uns doch völlig unglaublich, wenn wir für eine bessere Gesellschaftsordnung kämpfen wollen – und unsere Familie geht dabei kaputt“, zieht Meyer zur Heide harsch die Grenzen seines politischen Engagements. Der Kollaps in Spanien bewies, daß vieles auch bei Günter Meyer zur Heide Vorsatz bleiben muß. Aber weitermachen will er trotzdem. Reinhard Voss